



**Geschäftsführung  
Gesundheitsausschuss**

Kohlhof

Telefon: (0221) 24831

Fax: (0221) 26500

E-Mail: Kathrin.Kohlhof@STADT-  
KOELN.DE

Datum: 02.09.2019

**Niederschrift**

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 02.07.2019, 17:04 Uhr bis 18:41 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

**Anwesend waren:**

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Michael Paetzold	SPD
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Herr Sven Kaske	SPD
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Herr Joachim Heinlein	GRÜNE
Frau Ursula Röhrig	DIE LINKE
Frau Sylvia Laufenberg	FDP

**Beratende Mitglieder**

Herr Michael Winkler	auf Vorschlag der AfD-Fraktion
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis
Frau Sophie Sänger	TX Köln
Frau Stella Shcherbatova	Synagogen-Gemeinde Köln
Herr Dr. med Martin Theisohn	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Dr. Tobias Jacquemain	auf Vorschlag der SPD
Herr Ulrich Krüger	Bürgerzentrum Ehrenfeld
Herr Hartmut Steffens	auf Vorschlag der CDU
Frau Sabine Stiller	CDU
Frau Dr. Christine Kuch	auf Vorschlag der Grünen
Frau Beate Hane-Knoll	auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Robert Gaida	auf Vorschlag der FDP

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Bettina Houben FDP

## **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Mehmet Akif Ayata Mevlana

Frau Gerdi Hugoth auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

## **Beratende Mitglieder**

Frau Elke Bussmann SPD

Herr Ahmet Edis GOL

## **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Dr. Dr. Herbert Mück Seniorenvertretung der Stadt Köln

Frau Kathrin Balke Jugendzentrum anyway e.V.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

A) Vorstellung des neuen Leiters des Gesundheitsamtes Herrn Dr. Johannes Nießen

#### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

#### **2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

#### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

3.1 Quo vadis, Drogenkonsumraum am Neumarkt?  
AN/0987/2019

#### **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

4.1 Impfen  
AN/0720/2019

## **5 Beschlussvorlagen**

- 5.1 „Integrationsbudget“: Mittel für die Fortschreibung des Gesundheitswegweisers und die Qualifizierung von herkunftssprachlichen Zuwanderern als „Integrationslotsen Gesundheit“  
1316/2019
- 5.2 Bedarfsfeststellung zur weiteren Sicherstellung des Luftrettungsdienstes mit dem Intensivtransporthubschrauber (ITH) Christoph Rheinland  
3110/2018

## **6 Mitteilungen**

- 6.1 Einsätze des Rettungshubschraubers  
1654/2019
- 6.2 Drogenkonsumraum in Neumarktnähe  
2092/2019
- 6.3 Zweiter Bericht im Rahmen des laufenden Ombudsverfahrens bei der Berufsfeuerwehr Köln  
1642/2019
- 6.4 Kalkberg - Ergebnisse der rechtsgutachterlichen Untersuchungen zu den Alternativstandorten  
2248/2019
- 6.5 Gutachten zum Kalkberg (1641/2019)  
2288/2019
- 6.6 Wird der Kalkberg schon genutzt?  
2200/2019
- 6.7 Unterbringung der LG Kalk  
2316/2019
- 6.8 Vergabe der rettungsdienstlichen Leistungen  
2266/2019
- 6.9 Verwendung von Papierhandtüchern bei der Stadt Köln - zu AN/1310/2018  
2255/2019

## **7 Mündliche Anfragen**

## I. Öffentlicher Teil

### **A) Vorstellung des neuen Leiters des Gesundheitsamtes Herrn Dr. Johannes Nießen**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna eröffnet die Sitzung.

RM Herr Dr. Strahl bemängelt den späten Eingang der Vorlagen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna könne dies nachvollziehen. Er bittet darum, dass alle Vorlagen gleichzeitig mit der Einladung vorliegen.

SB Frau Röhrig sei noch nicht dazu gekommen das ausführliche Gutachten zum Kalkberg zu lesen.

Der Dezernent für Soziales, Integration und Umwelt, Herr Dr. Rau regt an, TOP 3.1 und 6.2 zusammenzufassen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna halte das für sinnvoll. Weiterhin würden die TOPs 6.4. und 6.5 zurückgestellt. Die Tagesordnung stelle er so zur Abstimmung und stellt sodann die Genehmigung fest.

Er bitte den Leiter des Gesundheitsamtes Herrn Dr. Nießen sich vorzustellen.

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen stellt sich dem Gesundheitsausschuss vor.

#### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

#### **2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

#### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

##### **3.1 Quo vadis, Drogenkonsumraum am Neumarkt? AN/0987/2019**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna begrüßt die Vertreter der Bürgerinitiative Neumarkt und bittet den Dezernenten für Soziales, Integration und Umwelt, Herrn Dr. Rau, zunächst einmal Stellung zu nehmen.

Der Dezernent für Soziales, Integration und Umwelt, Herr Dr. Rau berichtet, Köln habe im nationalen Vergleich ein gutes Drogenhilfeangebot. Man sei dabei, das Konzept zu aktualisieren und werde es Ende des Jahres vereinbarungsgemäß vorlegen. Drogen könne man in einer europäischen Großstadt, zu der auch Köln gehöre, nicht vollständig verbannen. Man gehe in dem Konzept nicht nur Ursachen an, sondern müsse auch fortgeschrittene Drogenabhängigkeit begleiten. Eine immer wieder gestellte Frage zum Drogenkonsumraum sei die nach der Ursachenbekämpfung. Das Drogenkonzept werde deutlich machen, dass es von der Prävention bis zu Angeboten für schwer Drogenabhängige alles umfasse.

Es gebe Hotspots wie den Neumarkt. Der Rat habe richtigerweise beschlossen, an diesem Hotspot einen Drogenkonsumraum einzurichten. Die Immobiliensuche gestaltete sich schwierig. Gefunden worden sei eine Immobilie in der Thieboldgasse, die auch das Einverständnis der Polizei gehabt habe. Ein Drogenkonsumraum sei durch

das Gesetz und eine Landesverordnung reglementiert. Der Drogenkonsumraum am geplanten Standort rief Sorgen hervor, dass er möglicherweise noch mehr Drogenabhängige anziehe. Wegen dieser Sorgen sei der Druck auf den Vermieter so groß geworden, dass dieser einen geschlossenen Vorvertrag gekündigt habe. Der Rat habe sodann beschlossen, ein mobiles Angebot in Form von Bussen einzurichten. In der heutigen Mitteilung könne man nun berichten, dass die Beschaffung der Busse sowie die Beauftragung eines Trägers angelaufen seien. Man strebe an, Ende des Jahres die Busse in Betrieb zu nehmen und zwar in dem Cäcilienhof. Die Kirchengemeinde habe entschieden mitgewirkt. Sie sehe dort eine gute Aktionsmöglichkeit für ihren caritativ-diakonischen Auftrag. Die Buslösung habe den Nachteil, dass sie nur vier Plätze beinhalte. Betroffene hätten nach dem derzeitigen Konzept nur eine halbe Stunde Aufenthalt. Die Wirkungsweise eines Drogenkonsumraumes sei die des sicheren Konsums und des Nichtkonsums auf öffentlichen Plätzen. Dadurch werde der Neumarkt entlastet. Mit den Bussen funktioniere dies nur eingeschränkt. Daher sei man von Seiten der Verwaltung dem Ratsauftrag, möglichst zügig einen stationären Drogenkonsumraum zu etablieren, nachgekommen. Man sei mit einer städtischen Fläche, dem Josef-Haubrich Hof, die man bebauen könne, fündig geworden. Es wurden von der Volkshochschule, der Stadtbibliothek und den Museen Sorgen geäußert, dass dort ein Anziehen der Drogenabhängigen passiere. Seitens der Verwaltung habe man immer wieder gesagt, man wolle Lösungen bringen, keine Probleme. Wegen der Vorfahrungen wolle man die genauen Orte nicht mehr sofort kommunizieren, sondern erst bei Entscheidungsreife. Hierfür habe er das Einverständnis der Ausschüsse durch Kopfnicken erhalten. In diesem Rahmen sei man nun so vorgegangen: die Busse seien bestellt; ein stationärer Raum sei weit entwickelt. Hierüber werde in der vorgelegten Mitteilung berichtet. Die Museumsmitarbeitenden seien bereits im April vorinformiert worden. Diese hätten Sorge geäußert. Man halte hier entgegen, dass Fachleute der Polizei den Ort als richtig eingeschätzt hätten. Der Ort könne jedoch nicht dauerhaft genutzt werden, nur interimsmäßig. Er ergänze gut die Generalsanierung der Stadtbibliothek, denn diese benötige eine Einrichtung von Baucontainern. Eine solche Baustelle würde nach polizeilicher Bewertung schwer kontrollierbar sein. Wenn man in dieser Bausituation einen kontrollierbaren Drogenkonsumraum einrichte, dann würde man zu einer größeren Kontrolle und Steuerung der Situation der Baustelle beitragen. Das könne aber kein endgültiger Standort sein. Den Ratsauftrag zur stationären Versorgung wolle man daher zweischrittig machen. Zunächst die Containerlösung in einer ansprechenden Leichtbauweise, und in dieser Zeit wolle man in 2-3 Jahren zu einer endgültigen Lösung kommen.

Zu der Frage 1 könne er antworten, dass die mobile Erfahrung nicht abgewartet werden könne, da die Platzzahl so gering sei, dass man jetzt schon wisse, dass dies nicht hinreichend wahrgenommen werde. Aus diesem Grund benötige man eine bessere Lösung. Der endgültige Standort Lungengasse werde erst dann realisierbar sein, wenn für die dort ansässige Substitutionsambulanz andere Räumlichkeiten gefunden würden. Diese seien in Aussicht, benötigten aber noch die genannten 2-3 Jahre.

Zu der Frage 2 reiche er noch den aktuellen Stand der Bauplanung nach und auch was die Realisierung kosten würde. Eine ganz grobe vorläufige Kostenschätzung spreche von 900.000 Euro.

Zu der Frage 3 weise er daraufhin, dass beide Gebäude bereits jetzt schon szenenah seien. Die Toiletten der Stadtbibliothek seien von den Abhängigen zum Konsum genutzt worden. Man sei sich sicher, dass der Drogenkonsumraum aus den Gebäuden raus und in den Raum rein hole. Es sei ein geeigneter Ort, dies bestätige auch die Polizei.

Zu der Frage 4 berichtet er, die Mitarbeiter seien, wie erwähnt, bereits im April informiert worden. Früher war dies nicht möglich, da die Information sonst sehr schnell öffentlich geworden wäre.

Zu der Frage 5 könne er sagen, dass er von dem Dezernenten für Stadtentwicklung, Planen und Bauen, Herrn Greitemann, die schriftliche Bestätigung erhalten habe, dass das Vorgehen der Leichtbauweise für einen Drogenkonsumraum die Sanierungsvorhaben der Stadtbibliothek in keiner Weise beeinträchtige.

RM Herr Dr. Strahl fragt, ob man sich einig sei, dass das Kopfnicken von dem Dezernent für Soziales, Integration und Umwelt, Herr Dr. Rau sprach, sich auf Orte und nicht auf Maßnahmen bezog.

Der Dezernent für Soziales, Integration und Umwelt, Herr Dr. Rau bestätigt, dass sich auf Orte und nicht auf Maßnahme bezogen wurde. Die Verwaltung sei beauftragt worden eine stationäre Einrichtung zu planen und mit fortschreitender Planung hier zu berichten.

RM Herr Dr. Strahl wiederholt, dass das Nicken des Ausschusses sich einzig und alleine auf die Vorgabe der Orte bezog.

SB Frau Laufenberg berichtet, ihre Fraktion empfinde das Vorhaben einer Leichtbauweise für einen Drogenkonsumraum als eigenwillige, individuelle Interpretation des Ratsbeschlusses. Der Dezernent für Soziales, Integration und Umwelt, Herr Dr. Rau könne nicht machen was er wolle. Es sei kein Auftrag des Rates gewesen, eine Interimslösung von ihm hier reinzugeben. Man habe in den letzten Monaten in den Debatten vernommen, dass die mobile Lösung nie der Fokus seines Handelns gewesen sei. Man müsse vermerken, dass ihm der Beschluss des Rates zuwider gewesen sei. Er beziehe sich auf die zu geringe Platzzahl, die aber die Interimslösung des Rates war. Es sei schon schwierig, wenn die Verwaltung sich darüber hinwegsetze und hier per Mitteilung, nachdem die Presse bereits informiert war, bekannt gebe, dass sie die Lösung des Rates für nicht adäquat halte. Er schlage dementsprechend ein Interim in Leichtbauweise mit Kosten von 900.000 Euro vor. Die Bullis sollen so dann abgezogen und nach Mülheim und Kalk geschickt werden. Es sei richtig, dass man mit Drogenkonsum in der Stadt sensibel umgehen müsse. Daher könne man auch nachvollziehen, wenn die Informationen etwas später kämen. An die Politik die Informationen zu spät zu geben und sich über Beschlüsse hinwegzusetzen sei aber schwierig. Dies sei zu rügen. Die FDP Fraktion werde sich das vorgeschlagene Interim nochmal anschauen. Sie erwarte als Ratsmitglied, dass Beschlüsse ordnungsgemäß abgearbeitet werden, und mehr Transparenz.

SB Frau Röhrig könne SB Frau Laufenberg in keiner Weise Recht geben. Die Fraktion Die Linke unterstütze die Pläne der Verwaltung.

RM Herr Dr. Strahl informiert, dass der Ratsbeschluss eine Anmietung von Drogenkonsumräumen vorsehe. Die Leichtbauweise sei keine Anmietung.

RM Herr Kaske würde die Baudauer und die Finanzierung interessieren. Weiterhin fragt er, ob es einen doppelten Ratsbeschluss zur Fläche am Josef-Haubrich Hof gebe.

Der Dezernent für Soziales, Integration und Umwelt, Herr Dr. Rau antwortet, man rechne mit noch einem Jahr für den Bau. Wobei die Freiräumung der Lungengasse für die endgültige Ansiedelung des stationären Drogenkonsumraums noch ungefähr drei Jahre in Anspruch nehme. Man würde zwei Jahre gewinnen, in denen das Interim in Betrieb sei. Die Finanzierung werde man noch im Detail vorlegen. Es entstünden gegenüber der jetzigen Planung Mehrkosten. Diese Busse würden - wie bereits ausge-

führt - anschließend anderweitig eingesetzt, sodass diese keine Fehlinvestition seien. Einen doppelten Ratsbeschluss gebe es nicht. Das Dezernat VI sage, dass das Vorhaben die Unterbringung von Mitarbeitenden der Stadtbibliothek nicht gefährde. Er wisse nicht genau, ob der Ratsbeschluss für die Baumaßnahmen und Unterbringung der Mitarbeitenden der Stadtbibliothek das exakte Flurstück beschreibe. Man müsse sich auf die Auskunft der Baubeauftragten verlassen. Im Übrigen betone er, dass mit dem vorübergehenden stationären Drogenkonsumraum eine Lösung angeboten werde, die sachlich und fachlich richtig sei und dem Ratsbeschluss sehr nahe komme. Der Ratsbeschluss spreche von mieten und nicht, dass man eine Interimslösung in Form einer Leichtbauweise baue. Es stehe dem Ausschuss frei, der mitgeteilten Planung zu widersprechen. Er habe den Ausschuss aber auch so verstanden, dass der Druck groß sei, eine Lösung zu finden. In den Wortprotokollen werde beispielsweise RM Herr Paetzold dahingehend zitiert, dass er sage, eine mobile Lösung sei suboptimal, aber man brauche sie und man brauche sehr schnell die bessere Lösung. Er weise daraufhin, dass man sich intensiv bemühe neben der Lungengasse Alternativen für eine endgültige Lösung zu bekommen. Diese würden derzeit aber nicht angeboten.

RM Herr Dr. Strahl fragt zum Verständnis, ob dies genehmigte oder ungenehmigte Protokolle seien.

Der Dezernent für Soziales, Integration und Umwelt, Herr Dr. Rau informiert, das Protokoll vom 30.10.2018 sei ein genehmigtes Protokoll.

RM Herr Paetzold bestätigt die Zitate. Man habe nie gesagt, dass die mobilen Drogenkonsumräume das Optimum seien. Zum wiederholten Male habe er den Dezernent für Soziales, Integration und Umwelt, Herr Dr. Rau angemahnt, dass es nur vier Plätze bei der St. Peter-Lösung gebe. Am Hauptbahnhof habe man drei Plätze und der Betrieb laufe, weil man die Öffnungszeiten verbessert habe. RM Herr Paetzold möchte wissen, ob er konkreteres zur der Ausschreibung der Betreiber für den Drogenkonsumraum sagen könne.

Der Dezernent für Soziales, Integration und Umwelt, Herr Dr. Rau antwortet, die Ausschreibung befinde sich im Vergabeamt mit definierten Kriterien. Die potentiellen Träger seien hierüber informiert.

Der Unterschied zum Hauptbahnhof bestehe darin, dass der dortige Drogenkonsumraum das komplette Angebot habe. Es seien Sanitäreinrichtungen und Verpflegungsmöglichkeiten vorhanden. Dies werde in den Bussen nicht vergleichbar der Fall sein. Die Busse seien besser als nichts.

Gerade erhalte er die Information, dass die Ausschreibung beim Rechnungsprüfungsamt sei und dort, wie es die Regel sei, bewertet werde. Man sei also schon weit gediehen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna berichtet, seine Fraktion sei auch der Meinung, man habe ein dringliches Problem und müsse schnell an den Start kommen. Grundsätzlich halte man die feste Lösung für besser. Ihm sei aber klar, dass dies mit der Lungengasse nicht innerhalb von ein bis anderthalb Jahren passieren werde. Daher könne man sich dem Vorschlag nähern. Man denke lösungsorientiert und müsse ein Angebot am Neumarkt an den Start bringen. Er habe bereits parteiöffentlich gesagt, dass er in der kommenden Legislatur nicht mehr zur Verfügung stehe, sollte dies in der aktuellen nicht geschafft werden.

RM Herr Dr. Strahl weist daraufhin, man werde mit der Sache praktisch umgehen und stehe Ideen immer offen gegenüber. Man wisse um die Not der Konsumenten und die Sorgen und Ängste der Anwohner.

RM Herr Paetzold zitiert sich aus dem Protokoll vom 30.10.2019. Er werde dahingehend zitiert, dass die mobilen Drogenkonsumräume keine ideale Lösung darstelle, es aktuell auch keine besseren gäbe. Dazu stehe er immer noch.

Der Dezernent für Soziales, Integration und Umwelt, Herr Dr. Rau zitiert RM Herr Paetzold weiter, dass nach wie vor weiter der Wunsch nach einem festen Drogenkonsumraum bestehe.

RM Herr Paetzold weist daraufhin, dass die Idee, die Busse in Kalk und Mülheim einzusetzen, aus der Politik stamme.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna wünsche sich eine bessere Mitnahme der Politik bei der Fachlichkeit. Er rate dringend vor notwendig werdenden Abstimmungen mit den Fachsprechern in die enge Kommunikation zu treten.

#### **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

##### **4.1 Impfen AN/0720/2019**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna begrüßt den Antrag.

SB Frau Laufenberg erläutert den Antrag ihrer Partei dahingehend, dass man gemeinsam die Präventionsarbeit für Impfungen stärken möchte. Man habe im letzten Jahr erhebliche Probleme mit Masernerkrankungen gehabt und musste hierbei feststellen, dass viele Kinder nicht geimpft seien. Man möchte mehr Informationsangebote in der Stadt zur Verfügung stellen. Sie freue sich, wenn man gemeinsam diesen Antrag beschließen könne.

RM Herr Paetzold glaubt, der Antrag treffe die Sache nicht. Die Impfquote bei beispielsweise Masern bei Kindern sei über 93,4 Prozent in 2016. Dies sei auf die gute Arbeit der Kinderärztinnen und Kinderärzte sowie auf das Gesundheitsamt zurückzuführen. Die Kinder und Jugendliche seien nicht das Problem, sondern die Menschen die nach 1970 geboren und nicht geimpft worden seien. SB Frau Laufenberg habe vorgeschlagen Gruppenimpfungen in Schulen und Kitas durchzuführen. Dies stelle er sich in der Praxis schwierig vor.

RM Herr Dr. Strahl schließt sich den Bedenken seines Vorredners an. Er rege an, sich zusammen zusetzen und den Antrag so zu optimieren, dass er von allen getragen werden könne.

Der Abteilungsleiter für Infektions- und Umwelthygiene des Gesundheitsamtes, Prof. Wiesmüller, bestätigt, man habe eine extrem hohe Durchimpfungsrate im Kindes- und Jugendalter. Man erreiche mit weiteren Aktionen nichts. Die Unterstützung vor Ort sei mit einem sehr hohem organisatorischen Aufwand belastet und keine weitere Steigerung der Impfquote zu erreichen. Man habe diverse Methoden das Impfen zu promoten. Man sei bei den Seitensteigern und bei der Reisemedizin aktiv. Letztes Jahr habe man eine große Masern-Impfaktion mit ca. 300 Beratungen und ca.120 Impfungen gemeinsam mit der Fachhochschule durchgeführt. Dieses Jahr habe man eine solche Aktion an der Uni Köln durchgeführt und ungefähr 460 Menschen beraten und 147 Impfungen durchgeführt bei Personen mit einer Altersspanne von 17 bis 77 Jahren. Man tue mit der Unterstützung des Landes für die Impfstoffe was möglich sei. Ohne personelle Ressourcen zu erhöhen gebe es keine weiteren Möglichkeiten.



Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fragt die Antragsstellerin SB Frau Laufenberg, ob man sich zusammensetzen könne und den Antrag fachlich zu schärfen.

SB Frau Laufenberg antwortet, es sei selbstverständlich ein Weg sich nochmals zusammensetzen und einen guten Vorschlag noch besser zu machen. Die Quoten seien ihr bekannt. Man habe aber auch zehn Prozent der Kinder, die nicht in die Kita gingen. Man glaube, man könne es durch Gespräche schaffen, auch diese geringe Quote noch zu verbessern. Die Problematik der Gruppenimpfungen werde so gelöst, dass die Eltern alle abgefragt würden, entsprechend der Reihenuntersuchungen. Dies könne man leisten. Der Abteilungsleiter für Infektions- und Umwelthygiene des Gesundheitsamtes, Prof. Wiesmüller habe gesagt, man könne nichts mehr tun, um die Zahlen zu verbessern. Darüber sei sie als Kinder- und Jugendpolitikerin irritiert.

Der Abteilungsleiter für Infektions- und Umwelthygiene des Gesundheitsamtes, Herr Prof. Wiesmüller erwidert, sie habe ihn missverstanden. Um diesen Prozentsatz noch zu erhöhen, sei der Aufwand sehr hoch. Man habe beispielsweise mit einer hohen Durchimpfungsrate in den USA diese Mumps, Masern und Röteln frei bekommen. Wie man nun den Medien entnehme, erlebe die USA eine Renaissance einer Masernwelle. Man werde auch mit den letzten Prozenten und einem hohen Aufwand die vorhandenen Lücken, die durch Migration, Globalisierung und durch die Lücken beim Impfstoff in den 1970er Jahren bedingt seien, nicht schließen können.

Der Dezernent für Soziales, Integration und Umwelt, Herr Dr. Rau möchte nochmal darauf hinweisen, dass das Problem nicht die Kinder seien. Problematischer seien die nicht oder nicht ein zweites Mal geimpften Erwachsenen. Im Rahmen der Schuleinganguntersuchungen käme man gut an die Kinder, die aber nicht das Problem seien. Die jungen Erwachsenen seien mit den vorhandenen Mitteln schwer erreichbar. Die BzGA, die auch im Antrag genannt sei, sei hierfür prädestiniert. Es sei sinnvoll, deren Kompetenz nachzufragen.

RM Herr Paetzold meint, er habe gehört, dass im März nächsten Jahres der Bundesgesundheitsminister ein Gesetz zur Impfpflicht zumindest für Masern plane. Daher werden sich die Bemühungen im Kinder- und Jugendbereich erledigt haben. SB Frau Laufenberg habe richtigerweise daraufhin gewiesen, dass der Schulausschuss zugestimmt habe, mit dem Zusatz des Vorbehaltes der Zustimmung des Gesundheitsausschusses. Die Idee von Dr. Strahl sei gut.

Für SB Frau Laufenberg sei ein Abwarten bis zum März nächsten Jahres zu lange. Sie könne sich vorstellen, den Antrag heute in den nächsten Gesundheitsausschuss zu schieben. Die gesundheitspolitischen Sprecher könnten sich vorher interfraktionell zusammensetzen und den Antrag verbessern.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fasst zusammen, der Antrag werde geschoben. Dem Gesundheitsausschuss sei das Thema Impfen wichtig. Die gesundheitspolitischen Sprecher werden sich zusammensetzen. Herr Prof. Wiesmüller werde er bitten fachlich zu unterstützen.

Der Abteilungsleiter für Infektions- und Umwelthygiene des Gesundheitsamtes, Herr Prof. Wiesmüller sagt dies zu.

**Abstimmungsergebnis:**

**Zurückgestellt**

## 5 Beschlussvorlagen

### 5.1 „Integrationsbudget“: Mittel für die Fortschreibung des Gesundheitswegweisers und die Qualifizierung von herkunftssprachlichen Zuwanderern als „Integrationslotsen Gesundheit“ 1316/2019

RM Herr Dr. Strahl freut sich über die Vorlage. Man halte sie für lebensnotwendig.

#### **Beschluss:**

Der Rat beschließt im Nachgang zum Ratsbeschluss vom 14.02.2019 (Vorlage Nr. 4173/2018), die restlichen Mittel in Höhe von 40.935,00 € aus dem für 2019 veranschlagten Integrationsbudget in Höhe von insgesamt 986.093,00 € wie folgt zu verteilen:

1320/2015 Fortschreibung Gesundheitswegweiser für Kölner/innen mit Zuwanderungsgeschichte; GA1 8.435,-€

1342/2015 Qualifizierung von herkunftssprachlichen Zuwanderern als Integrationslotsen Gesundheit; GA 4 32.500,-€.

Die Mittel in Höhe von 40.935,00 € werden im Haushaltsjahr 2019 im Teilergebnisplan 0701 – Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen (32.500,-€) und Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen (8.435,-€) überplanmäßig bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig beschlossen**

### 5.2 Bedarfsfeststellung zur weiteren Sicherstellung des Luftrettungsdienstes mit dem Intensivtransporthubschrauber (ITH) Christoph Rheinland 3110/2018

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna berichtet, seine Fraktion habe zwischenzeitlich beraten, sei aber noch nicht vollständig fertig. Seine Fraktion würde es begrüßen, ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen. Man könne derzeit noch nicht zustimmen. Er habe noch drei Nachfragen. Zum einen möchte er wissen, ob für den Fall, dass die Kernträgerschaft die Stadt Köln verlasse, ein besonderes Kündigungsrecht in der Ausschreibung vorgesehen sei. Weiterhin stelle sich die Frage, ob die DIN Norm 9001 eingehalten werde. Zuletzt möchte er wissen, ob bereits Zahlen für 2019 vorliegen würden, weil diese unter 50 Prozent liegen würden.

RM Herr Paetzold schließt sich dem Vorschlag des Vorsitzenden an. Er möchte von der Verwaltung wissen, ob die Ausschreibung standortunabhängig erfolge.

Der Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Dr. Miller, antwortet, die Ausschreibung sei dringlich, weil der formale Vertrag beendet sei. Man nutze nun Interimsklauseln. Man würde es sehr begrüßen, wenn der Beschluss weitergegeben würde. Die Leistung werde so standortunabhängig ausgeschrieben. Man denke über die Option nach, das Interim mit den Bauleistungsphasen mit aufzunehmen. Wenn sich die Standortfrage nicht manifestiere, dann könne man

die Optionen nehmen oder es lassen. Ansonsten habe die Beauftragung der Leistung keine Konsequenzen auf den Standort momentan.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna widerspricht dem Punkt der Zeitlinie. Man müsse festhalten, dass die Vorlage deutlich zu spät hier angekommen sei. Aus diesem Grund habe man den Beschluss in der letzten Sitzung gesplittet. Im zweiten noch offenen Teil gehe es darum, was in der nächsten Dekade passiere.

Der Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Dr. Miller erwidert, die Stadt Köln erfülle eine Pflichtaufgabe nach Weisung. Man sei Teil einer Trägergemeinschaft. Als Kernträger sei man durch Landesgesetzgeber beauftragt, diese wahrzunehmen. Recherchen haben ergeben, dass es keinen bekannten Fall gebe, in dem die Kernträgerschaft aufgelöst worden sei. Formal juristisch müsse das Land oder die Bezirksregierung dem Antrag erst Folge leisten. Er weise auf die fachlichen Konsequenzen hin. Das Kölner Versorgungsniveau sei stark über die letzten Jahre optimiert worden. Die Kernträgerschaft würde dieses Niveau empfindlich verändern. Die Standortfrage hat ein erhebliches Gewicht in der Debatte, er bitte darum die Verhältnismäßigkeit im Auge zu behalten.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna möchte feststellen, dass es ihm bekannte Anträge gäbe, die ein sofortiges Ende des Kalkberges vorsähen. Dem Gutachten könne er entnehmen, dass es Risiken am Flughafen gäbe. So bestünde die Möglichkeit, dass eine Situation entstünde, dass die Kernträgerschaft 2024 nicht mehr übernommen werden könnte. Die Luftrettung sei absolut notwendig. Seine Fraktion könne den Beschluss ohne Votum weitergeben.

#### **Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem jetzigen Leistungserbringer, ADAC Luftrettung gGmbH, als Fluggerätebetreiber des Intensivtransporthubschrauber (ITH) „Christoph Rheinland“ inkl. Pilotenbesetzung, einen Interimsvertrag vom 01.07.2019 bis 29.02.2020 zu schließen.

Diese Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 04.04.2019 beschlossen und wird umgesetzt.

2. Der Rat erkennt den Bedarf für die Sicherstellung der luftrettungsdienstlichen Leistungen mit dem Intensivtransporthubschrauber „Christoph Rheinland“ an und beauftragt die Verwaltung die Leistungen mittels einer europaweiten Ausschreibung für die Dauer von 10 Jahren auf der Basis des § 10 Abs. 2 RettG NRW in Verbindung mit § 13 Abs. 3 Satz 2 RettG NRW ab dem 01.03.2020 zu beschaffen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Ohne Votum in nachfolgende Gremien verwiesen**

#### **6 Mitteilungen**

##### **6.1 Einsätze des Rettungshubschraubers 1654/2019**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna wiederholt, dass ihn hierzu die 2019er Zahlen interessieren würden.

RM Herr Paetzold bemerkt, die Mitteilung sei für ihn ein Klares Signal, dass man die Hubschrauber bräuchte. Über fünfzig Prozent aller Einsätze würden über dem Kölner Stadtgebiet geflogen. Dies sei man den Bürgerinnen und Bürgern schuldig, die Maschinen hierzubehalten.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna schließt sich seinem Vorredner prinzipiell an. Es hatte jedoch seinen Grund, warum man nach den innerstädtischen Einsätzen gefragt habe.

**Abstimmungsergebnis:**

**Kenntnis genommen**

## **6.2 Drogenkonsumraum in Neumarktnähe 2092/2019**

Der TOP 6.2. wurde gemeinsam mit TOP 3.1. behandelt. Es wird insoweit auf TOP 3.1 verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Kenntnis genommen**

## **6.3 Zweiter Bericht im Rahmen des laufenden Ombudsverfahrens bei der Berufsfeuerwehr Köln 1642/2019**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna habe den Bericht positiv in Erinnerung.

RM Herr Dr. Strahl schließt sich dem an.

**Abstimmungsergebnis:**

**Kenntnis genommen**

## **6.4 Kalkberg - Ergebnisse der rechtsgutachterlichen Untersuchungen zu den Alternativstandorten 2248/2019**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna informiert nochmals, dass hierzu die Fraktion Die Linke Beratungsbedarf angekündigt habe. Die Punkte würden insoweit zurückgestellt.

## **6.5 Gutachten zum Kalkberg (1641/2019) 2288/2019**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna informiert nochmals, dass hierzu die Fraktion Die Linke Beratungsbedarf angekündigt habe. Die Punkte würden insoweit zurückgestellt.

**6.6 Wird der Kalkberg schon genutzt?  
2200/2019**

**Abstimmungsergebnis:**

**Kenntnis genommen**

**6.7 Unterbringung der LG Kalk  
2316/2019**

RM Herr Paetzold freut sich, dass die Menschen nun gut untergebracht seien.

RM Herr Dr. Strahl schließt sich dem an und findet, dass man das den ehrenamtlich Tätigen schuldig sei.

**Abstimmungsergebnis:**

**Kenntnis genommen**

**6.8 Vergabe der rettungsdienstlichen Leistungen  
2266/2019**

**Abstimmungsergebnis:**

**Kenntnis genommen**

**6.9 Verwendung von Papierhandtüchern bei der Stadt Köln - zu  
AN/1310/2018  
2255/2019**

RM Herr Dr. Strahl merkt an, dass man mal überlegt habe den Konsum zurück zu fahren. Man sei belehrt worden, dass die Alternativen andere Probleme zum Vorschein bringen. Die Papierhandtücher seien die hygienischste Lösung.

**Abstimmungsergebnis:**

**Kenntnis genommen**

**7 Mündliche Anfragen**

SB Frau Röhrig bittet die Verwaltung darum, eine Statistik vorzulegen, die die Krankenhausdichte rechts- und linksrheinisch abbilde. Diese solle die Anzahl der Krankenhäuser und der Betten beinhalten und eine Information darüber, ob der Bedarf der Bezirke gedeckt werde.

Der Dezernent für Soziales, Integration und Umwelt, Herr Dr. Rau, sagt zu, der Bitte nachzukommen. Er weise daraufhin, dass die moderne medizinische Versorgung im Grenzbereich der ambulanten und stationären Versorgung die auf Bundes- und Landesebene weiter gedacht werde, vorsehe, dass eine hohe Qualität einer stationären Versorgung, nicht durch kurze Wege von zu Hause aus gewährleistet sei, sondern durch hohe Eingriffszahlen. Man verspreche sich Qualität von Bündelungen in Krankenhäusern, die die Intervention, die gerade anstünde, in hoher Zahl durchführe.

Anders sei dies früher gewesen, als man eine nahe Anbindung wollte. Heute sehe man die Kompetenzbündelung als Qualitätsfortschritt. Die nahe Erreichbarkeit sei

nicht mehr das ultimative Kriterium. Er verstehe das Bedürfnis der Menschen nahe an einem Krankenhaus zu sein.

Man liefere die Zahlen; diese dienen aber weniger einer Qualitätsbeurteilung.

RM Herr Paetzold berichtet, dass es den Band Statistische Informationen der Stadt Köln gebe. Hier könnten den Informationen bereits enthalten sein.

SE Herr Dr. Theison fragt, ob es nicht Gründe geben würde, das Krankenhaus in Holweide zu behalten.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna versichert, er kenne niemanden, der vorhabe, das Krankenhaus in Holweide zu schließen.

SE Herr Dr. Theison freue sich, dass er das Interview des Ausschussvorsitzenden falsch interpretiert habe.

Weiterhin möchte er wissen, wie Menschen ohne Internet an die AWB Müllkalender kommen können. Diese werden nicht mehr verteilt.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna informiert, hierfür gebe es auch eine App.

Der Dezernent für Soziales, Integration und Umwelt, Herr Dr. Rau könne die Anfrage nachvollziehen. Es werde die ausgedruckten Versionen weiter geben, diese werden aber nicht mehr in die Haushalte verteilt. Man könne sie in den Bürgerämtern abholen.

SB Frau Laufenberg fragt, ob ältere Menschen die nicht mehr so mobil seien, es auch zugesandt bekommen könnten.

Der Dezernent für Soziales, Integration und Umwelt, Herr Dr. Rau könne nicht bestätigen, dass dies so geplant sei. Man werde die Fragestellung mitnehmen.

RM Herr Dr. Strahl berichtet, man habe im Wirtschaftsausschuss eine vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik eine Mitteilung über die Entwicklung der Gesundheitswirtschaft in Köln gehabt. Er rege an, diese Mitteilung in die nächste Tagesordnung aufzunehmen.